

GASTKOMMENTAR

Eine griechische Tragödie wird zur griechischen Krankheit

LEITARTIKEL

Leadership schaut anders aus

Es ist die elfte Wahlschlappe, die Bundeskanzler Werner Faymann in den vergangenen zwei Jahren einstecken musste. Es ist das elfte Mal, dass trotzdem nicht sein kann, was für SP-Chef Faymann nicht sein darf: So sieht er sich nicht als Verantwortlichen der herben Niederlage bei den steirischen Gemeinderatswahlen. Es seien „verschiedenste Wahlmotive und lokale Besonderheiten ausschlaggebend gewesen“, heißt es da. Ob Gemeinderats-, Landtags- oder Nationalratswahl: Nie konnte Faymann mit seiner Truppe zulegen – und die Nationalratswahl 2008 nur gewinnen, weil die ÖVP noch schlechter war. Erfolg schaut anders aus.

Schön wäre es dementsprechend, wenn ein Mann, der gerne noch acht Jahre Kanzler bliebe, Leadership beweist. Sollte ein Leader nicht hinter seinen Leuten stehen? Sollte ein Leader nicht Verantwortung übernehmen – vor allem bei schmerzhaften Niederlagen? Besonders in der Obersteiermark liefern der SPÖ die Wähler davon. In Industrie-Hochburgen wie Kapfenberg rutschte das Ergebnis von 77 auf 57 Prozent. Das mag mit lokalen Phänomenen zusammenhängen; in Voitsberg kommt das fette Minus (14 Prozent) wohl auch vom geplanten Kohlenkraftwerk. Bei genauerem Hinschauen merkt man aber: Die SPÖ hat wieder Kernwählerschichten verloren.



Das elfte Mal kann nicht sein, was nicht sein darf.

ESTHER MITTERSTIELER
esther.mitterstieler@wirtschaftsblatt.at

Ein Blick auf die vergangenen zehn Niederlagen zeigt: Weniger als 4,9 Prozentpunkte hat Faymann nie verloren, im schlechtesten Fall waren es 13,4 Prozent. Jeder Top-Fußballtrainer hätte bei so einer Negativserie schon lange den Hut nehmen müssen; ein Bundeskanzler braucht das nicht. Nach Gemeinderatswahlen mag das übertrieben sein; der Kanzler muss nun über sein Lavieren als Grund der Misere nachdenken: Bloß niemandem wehtun, ist die Devise. Damit beschädigt er sich selbst und seine Partei. Die steirischen Landtagswahlen im Herbst sind schon fast verloren, und Wien bleibt seine letzte große Hoffnung. Fakt ist: Der Kanzler hat sich in den vergangenen Monaten gegenüber seinem alles andere als glänzenden Koalitionspartner nicht durchsetzen können. Die Konjunkturpakete nutzte er in der öffentlichen Wahrnehmung ebenso wenig für sich wie die Bankensteuer. Josef Pröll war ihm immer einen Schritt voraus, obwohl der bei der Bankensteuer umgefallen ist. Überhaupt verkauft die ÖVP neuerdings einige SP-Wirtschaftsideen für sich, etwa die Aversion gegen Privatisierungen.

Fazit: Ändert man seine Meinung, muss man sie glaubhaft vertreten. Das bringt Erfolg. Der Kanzler muss seine Botschaft klarer kundtun und sonst Rudolf Hundstorfer ans Ruder lassen.

Als einst der griechische Göttervater Zeus mit der schönen Europa am Rücken in Kreta landete, war die Welt noch in Ordnung. In edler Prägung zeugt jeder Euro griechischer Provenienz von diesem Glück. Mittlerweile ist das Verhältnis zwischen Europa und dem Stier gehörig abgekühlt. Letzterer hat sich in seiner stolzen Pracht übernommen. Jährlich türmt er neue Schulden auf seine Schultern. 12,7 Prozent des Brotinlandprodukts sollen es schon sein. Der Koloss wankt mit einer Masse von 300 Milliarden € Gesamtschuld. Sein Beitrag zur Wirtschaft

IHRE MEINUNG AN:
ISABELL WIDEK
isabell.widek@wirtschaftsblatt.at

leistung in der Eurozone ist hingegen gering. Ganz ehrlich war er auch nicht – der Stier – zu seiner Europa. Geschummelt soll er haben – bei den Zahlen. Aber wer weiß es schon genau.

Am Abgrund. Nur mehr wenige Meter vom Abgrund der Zahlungsunfähigkeit entfernt, bleibt Zeus nichts anderes übrig, als sich an die anderen Götter zu wenden und um Hilfe zu bitten. Wucherzinsen müsse er zahlen, Kreta gar verkaufen!

Die Genossen zögern, zeigen sich wenig erfreut und verweigern den Kredit. Die schöne Europa zürnt dem Gatten und droht mit Scheidung. Freiwillig soll er das Band der Liebe lösen, die Eurozone verlassen.

Selbst in Walhall, wo der Koch Andhrimnir – er hört jetzt auf den Namen Schäuble – noch kurz gedachte, eine neue Götterspeise für Zeus zu finden, ist Missmut eingekehrt. Ein Europäischer Währungsfond scheint nicht das probate Mittel, sich am hitzigen Stier das Mütchen zu kühlen. Frei-



Als der griechische Göttervater Zeus mit Europa auf dem Rücken in Kreta landete, war die Welt noch in Ordnung

lich, die eigenen Banken hätte man damit in Sicherheit gebracht. Aber in Zeiten wie diesen wäre dann selbst im beschaulichen Walhall der Teufel los gewesen. Die Menschen hätten nicht verstanden, warum sie unter dem Titel eines europäischen Zahlungsausgleiches schon wieder zur Kasse gebeten werden. Soll der Stier seine Ehe doch selber retten! Man hatte ja geschworen, sich nicht zu helfen, wenn einer über die Stränge schlägt. So steht es geschrieben im Vertragswerk von Lissabon. Keine Haftungen, keine Kredite und damit auch keine Anleihen oder sonst irgendetwas, für das die anderen wieder zahlen müssen.

In Geiselhaft. Wie soll diese Tragödie enden? Was bleibt, ist der Weg zum schnöden Mammon. Nur der internationale Währungsfond hat die Kraft – und auch die Macht – Zeus jetzt noch zu helfen. Hart wird er verfahren mit den Beamten und der ganzen Klügelwirtschaft. Alternativen gibt es keine, sonst droht den anderen im Bund die finstere Geiselhaft für fremde Schulden und eine gefährliche Spirale – geradewegs nach unten.

Soll die Eurozone mit ihrer gesamten volkswirtschaftlichen Kraft für Zeus geradestehen? Vor dieser Wette sei gewarnt. Wenn dieses Spiel verloren geht, dann sind die volkswirtschaftlichen Lehrbücher in Zukunft um einen Begriff reicher: Griechische Krankheit ist gleich sehr gefährlich – sie kann hoch entwickelte Währungssysteme und wirtschaftliche Integrationsräume zerstören.



MEINHARD NOVAK
Rechtsanwalt

BEOBACHTET

Opel-Geld: EU-Schulterschluss wackelt

Als Magna an der Übernahme der General Motors (GM)-Tochter Opel bastelte, verzettelten sich die europäischen Staaten mit Opel-Standorten in einem Subventionswettbewerb, um die eigenen Werke vom Mitarbeiterabbau möglichst zu verschonen. Magna rieb sich schon die Hände angesichts der großzügigen Beihilfen. Doch plötzlich machte GM – auch aufgrund der staatlichen Hilfsbereitschaft – eine 180-Grad-Wende und beschloss, die Opel-Sanierung selbst zu heben.

Nichts gelernt. Doch diesmal wollten es die EU-Staaten besser machen. Es soll nicht jedes Land einzeln mit dem US-Autobauer über Hilfszahlungen verhandeln. Nein, die EU wird die Koordination übernehmen und so verhindern, dass GM die EU-Staaten gegeneinander ausspielt, so der Plan.

Eine Weile funktionierte das auch sehr gut. General Motors biss sich an der EU-



MANFRED MADER
manfred.mader@wirtschaftsblatt.at

Kommission die Zähne aus. Ursprünglich wollten die Amerikaner nur 600 Millionen € zur Rettung der deutschen Traditionsmarke beitragen, ganze 2,7 Milliarden € hätten die europäischen Regierungen zuschießen müssen. Doch GM gab bald klein bei und verdreifachte den eigenen Beitrag auf 1,9 Milliarden €. Auch für die Opel-Länder zahlte sich das aus, die geforderten Hilfszahlen wurden auf zwei Milliarden € hinuntergeschraubt.

Doch mittlerweile wankt der EU-Schulterschluss gegenüber General Motors gehörig. Den Anfang hat Großbritannien gemacht. Der wirtschaftsliberalen Tradition des Landes zum Trotz setzt

Premier Gordon Brown voll auf Staatszuschüsse, um die beiden Werke in Luton und Ellesmere Port zu erhalten. 300 Millionen € an Staatshilfe ist das Brown wert. Dass er im Mai Parlamentswahlen zu schlagen hat, dürfte die Entscheidung erleichtert haben.

Doch damit hat Brown die Schleusen für weitere Alleingänge geöffnet. In Spanien sollen die Verhandlungen, ohne Einbeziehung der EU, vor dem Abschluss stehen. Und die deutschen Länder mit Opel-Werken machen auch bereits gehörig Druck. Rheinland-Pfalz und Thüringen haben Wirtschaftsminister Rainer Brüderle in einem Brief aufgefordert, die Zurückhaltung bei Staatshilfen aufzugeben, damit die deutschen Standorte keinen Nachteil erleiden.

In Sonntagsreden wird die europäische Solidarität gern beschworen. Wenn es hart auf hart geht, ist den Regierungen das Hemd aber weiterhin näher als der Rock.

www.wirtschaftsblatt.at O-TON

Steuer-CD: Schon fast 10.000 Selbstanzeigen

„Bei allem Respekt gegenüber dem politischen und pekuniären Erfolg der aktuellen Diskussion um die ‚Steuer-sünder-CDs‘ darf vielleicht daran erinnert werden, dass der in Bilde aus dem Amt scheidende Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Papier, 1996 bei vorgeliebten Steuerhinterziehungen zu der Erkenntnis kam: ‚Es fehlt (...) an einer objektiven Straftat‘, und der 1999 zur Verfassungsmäßigkeit der Zinsabschlagsteuer konstatierte: ‚Das Bundesverfassungsgericht hat diese Frage noch nicht entschieden.‘ Aus heutiger Sicht ließe sich allenfalls noch ergänzen: Deutsche Bundesverfassungsrichter dachten und denken nicht im Traum daran, sich eine derartige Entscheidung anzutun oder sie dem parteipolitischen Establishment zuzumuten. Sie bestätigen damit die Ansicht des aktuellen Richters am Bundesverfassungsgericht, Professor Bryde, der über seine Dienststelle anmerkte: ‚Wenn es hart auf hart geht, ist das Gericht ohne weiteres bereit, Urteile zu fällen, die man keinem Jurastudenten durchgehen ließe.‘“

Dr. Wolfgang Heinrich

Die hier publizierten Gastkommentare/Repliken/Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor